Berlin, 16. Febr. Wechselcours. Pr. Noten 79,87, Anleihe 105,24. Italiener 97,17. Türken 8,67. Türkenlose —, Spanier 59,87. Egypter 337,00. Ottomanen 644,00. Ruhig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen
Nr. 11 (Amtl.) u. 583 (Kaufl.)

Inserate werden Wochentag. 10 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Kaufbt: Große Kaufmarkt 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 50 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränum erando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1833 Marienstrasse 27 seit 1833
Amalienstrasse 19. — Friedrichstrasse (Stadt Görlitz).

Prof. Dr. Jaeger's
Normal-Jaquets
aus Kameelhaar-Stoff
in allen Grössen à 38 Mk.
Osc. Lehmann, Schloss-Strasse Nr. 21.

Technicum Mittweida
— Sachsen. —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorunterricht frei. —

Hochfeine Masken-Garderobe für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Acuratesse
empfiehlt Frau Bertha Streng, 3 grosse Brüdergasse 3. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Nr. 48. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 17. Februar: Frischer Ostwind, veränderliche Bewölkung, trocken, Temperatur kälter. | Dresden, 1884. **Sonntag, 17. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Was werden die Amerikaner mit dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen" in Sachen des Schweine-Einfuhr-Verbotes anfangen? Mit allem Nachdruck, sachlich wohlbegründet und dabei in einem gegen die nordamerikanische Republik durchaus wohlwollenden Geiste war in jenem Artikel des Bismarck'schen Leibblattes auseinandergesetzt worden, welche schlechte Sache die Vereinigten Staaten zu der ihrigen machen würden, sobald sie Zoll-Repressalien dafür ergriffen, daß Deutschland die Einfuhr trichinöser Schinken und Speckseiten verboten hat. Es wurde dargelegt, daß außer Deutschland auch noch Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien und Griechenland gleiche Einfuhrverbote erlassen haben, daß aber in einer dem amerikanischen Kongresse vorgelegten Bill, wegen Erpreisung von Gegenmaßregeln, ausschließlich von Deutschland und nicht von den anderen europäischen Ländern in gleicher Lage die Rede sei. Dies sei um so auffälliger, als seit Begründung der nordamerikanischen Freistaaten bis auf den heutigen Tag die freundschaftlichsten Beziehungen zu uns bestanden hätten. Mit Entschiedenheit wurde betont, daß sich Deutschland die volle Unabhängigkeit seiner Zollgesetzgebung wahren müsse und ein Hineinreden von anderer Seite nicht dulden werde. Schritte trotzdem Amerika zu Zoll-Repressalien, so besitze Deutschland auch seinerseits Waffen, die es gebrauchen würde, allerdings nur mit Bedauern, denn ein Zollkrieg schädige eben beide Theile. Gegen diese Sätze und ihre Logik läßt sich absolut Nichts einwenden; nur Diejenigen können sich durch sie genirt fühlen, welchen der Profit und das Geschäftsinteresse der zumeist jüdischen Exporteure von Schweine-Produkten in Amerika und der Hamburger Importeure höher steht, als die Gesundheit der Consumenten in Deutschland. Was liegt ihnen an dem leiblichen Wohle unserer Tagelöhner, Land- und Fabrikarbeiter? Wenn diese auch trichinöses Fleisch und das Fett von an der Schweine-Cholera verendeten Thieren essen, was thuts, sobald nur die großen Handelsleute profitiren? Nein, die Reichsregierung ist von Allen, denen die Gesundheit des Volkes höher steht als ein schnöder Handelsgewinn, zu unterstützen, das Einfuhrverbot aufrecht zu erhalten. Auch unser Zollarsenal besitzt scharfe Waffen, wenn uns Amerika unfreundlich begegnen sollte. Auch wir können die Zölle auf manche amerikanische Produkte so erhöhen, daß man es drüben empfindet; Maßregeln zur Verhinderung oder doch Erschwerung der Auswanderung nach Amerika, die Verweigerung der Anerkennung der Naturalisation dahin ausgewanderter und nach hier zurückkehrender Bürger u. dergl. würden drüben sehr unangenehm berühren. Will man überhaupt das Schuldbuch aufblättern, so ist der nichtswürdige Nachdruck deutscher Bücher und Musikalien, der in Amerika schamlos betrieben wird, eine tausendmal gerechtere Beschwerde als die kleinen und wohlverdienten Schmerzen der dortigen Schweinehändler. Jährlich schädigt die auf ihre Freiheiten so stolze Republik um Millionen die deutschen Schriftsteller, Componisten, Buchhändler und Verleger, indem sie ohne einen Cent Entschädigung uns nachdrucken. Eigenthum bleibt doch Eigenthum und Diebstahl ist Diebstahl, auch wenn sichs um geistige Güter handelt.

Wie gesagt, Amerika ist in der Schweinefrage im entschiedenen Unrecht. Antwortet man von drüben, auch die deutschen Weine seien mitunter gesundheitsschädlich, man müsse an unseren Weinhändlern Revanche für die jenseitigen Schweinehändler nehmen, so ist das Recht Amerikas, sich gegen die Einfuhr ungesunder Getränke zu schützen, sonnenklar. Und wenn die deutschen Weinpantscher eine Lektion durch Bruder Jonathan erhielten, so schadete Das gar Nichts. Eine größere Solidität im Weingeschäfte wäre eine allgemeine Wohlthat, wenn sich auch der Profit der Weinhändler am Rheine und im deutschen Norden verringerte. Auffällig ist nur, warum die „Norddeutsche Allgemeine" ihren trefflichen Artikel erst veröffentlichte, nachdem der Minister des Auswärtigen in Washington dem Kongreß selbst schon zu Gemüthe geführt hatte, daß die Forderung gesundheitlicher Schutzmaßregeln innerlich wohl begründet sei. Die Spitze des Artikels richtet sich wohl gegen den amerikanischen Gesandten in Berlin, Herrn Sargent. Dieser Herr wurde mehrfach, nicht gerade in schmeichelhafter Weise, in der Presse genannt. Zuletzt geschah es bei der Veröffentlichung einer Anzahl Briefe, welche der Eisenbahnkönig Huntington an seine Agenten geschrieben hatte, in denen er einschärfte, wie sie die Deputirten und Senatoren in Washington bestechen sollten, um sie für seine (Huntington's) Eisenbahnen zu gewinnen. Darin war auch von Herrn Sargent die Rede, der im Kongreß eine einflußreiche Rolle spiele und auf dessen Stimme es sehr wesentlich ankomme. Besagter Sargent, jetzt Gesandter in Berlin, hat sich nun in neuester Zeit sehr mitleidig beim Fürsten Bismarck gemacht, indem er ihm die Beschlüsse übermittelte, die das Washingtoner Repräsentantenhaus zu Ehren des verstorbenen Lasker angenommen hatte. Bismarck wurde von Sargent ersucht, jene Beschlüsse dem deutschen Reichstage zuzustellen. Der Reichskanzler hat aber diesen Briefträgerdienst höflichst abgelehnt und die Beschlüsse dem deutschen Gesandten v. Eisendecher in Washington zuzusenden lassen, damit sie dem dortigen Repräsentantenhause einhändigt werden. Bismarck hat dabei die sehr zutreffende Bemerkung einfließen lassen, der Abg. Lasker habe durchaus nicht eine so hohe Stellung eingenommen, daß ein derartiges ihn auszeichnendes Dazwischentreten des Reichskanzlers angezeigt erscheine. Das stimmt.

Absichtlich zieht die englische Regierung die Debatte über das Tadelsvotum wegen ihrer egyptischen Politik so in die Länge, weil sie denkt, bald günstigere Nachrichten vom Kriegsschauplatze oder vom General Gordon mittheilen zu können. Letzterer macht seine Sache bis jetzt anscheinend gut. Sein goldbeladenes Kameel ist auf allen Lagerplätzen der aufständischen oder übelgesinnten Beduinenstämme ein willkommener Besuch. Gordon hat an den aufständischen Mahdi einen Brief gerichtet, worin er ihn als „Emir von Cochofan" anredet und so dessen Eitelkeit kitzelt. Den Häuptlingen schlägt er vor, sie möchten zwischen ihrer eigenen Unabhängigkeit oder der Oberhoheit des Mahdi wählen. Er will diesen künftigen Sultanen im Sudan die bisherigen Waffenvorräthe und Kasernen der Egypter überlassen. So entzweit er geschickt die Gegner. Das englische Ministerium ist von dieser Politik Gordon's höchlichst erbaut und verhofft sich einen glücklichen Ausgang der abenteuerlichen Mission Gordon's. Sehr leicht kann es aber auch kommen, daß die Häuptlinge erst das Gold Gordon's und die Waffenvorräthe der Egypter nehmen und dann doch mit dem Mahdi gemeinschaftliche Sache gegen England machen. Das ist abzuwarten. So oder so aber giebt England den Sudan auf und begnügt sich blos mit dem Besitze der Häfen am Rothen Meere. Dazu reicht die Streitkraft Englands allerdings aus. Ehrenvoll ist dieser Ausgang auf keinen Fall und es wird immer als eine unglaubliche Kurzsichtigkeit betrachtet werden, wie Gladstone keinen Finger rührte, um die festen Plätze im Inneren des Sudan vor den Aufständischen zu schützen. Es hätte nur einer kleinen Anstrengung Gladstone's bedurft, um den tapferen Tewfik Pascha mit seiner Heldenschaar in Sinkat zu retten. Jetzt geschieht endlich etwas, um der Besatzung in Tokar das blutige Schicksal ihrer Genossen in Sinkat zu ersparen. So fahrlässig war das bisherige Verhalten Gladstone's, daß in der deutschen Presse offen der schreckliche Vorwurf ausgesprochen wurde, Gladstone habe absichtlich die Gräuelscenen zugelassen, um von der öffentlichen Meinung Europas den Auftrag zu erhalten, in Egypten mit bewaffneter Hand einzuschreiten und durch Annektirung Ordnung herzustellen. Diese Auffassung hat, unseres Erachtens, sehr viel innere Berechtigung; sie entspräche ganz dem System der politischen Heuchelei, in welchem es keinen größeren Meister giebt als den frommen William Gladstone. Wenn nun das Leibblatt Bismarck's den englischen Minister gegen diese furchtbare Anklage in Schutz nimmt, so ist der Erklärungsgrund für dieses auffällige Beispringen darin zu suchen, daß Bismarck erkannt hat, daß Gladstone doch nicht durch das Unterhaus gestürzt wird. Die Tories machen ihre Sache bei der Begründung des Tadelsvotums herzlich schlecht; sie bringen durchaus keine praktischen Vorschläge herbei, wie es in Egypten besser zu machen sei. Ein Regierungswechsel würde keine Aenderung der englischen Politik in Egypten bewirken, die Tories würden nur fortsetzen, was die Whigs anfingen: Egypten zu anglisiren. Deutschland kann es gleich sein, ob das durch Gladstone oder Northcote geschieht. Warum soll daher Bismarck nicht durch sein Leibblatt dem jetzigen und bleibenden Minister Gladstone einige freundliche Zeilen drucken lassen?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 16. Febr.

Berlin. Die Centrumsblätter kündigen an, die polnische Fraktion, sowie das Centrum würden die Wiedererneuerung des gegen den Kardinal Ledochowski erlassenen Steckbriefs vor dem Abgeordnetenhause und Lande beleuchten.

Berlin. Dr. Moritz Busch sendet der „Post" eine Erklärung, worin er sagt, daß der Bericht über die Sendung des Herrn von Gablenz von Berlin nach Wien kurz vor dem Ausbruch des 1866er Krieges wörtlich aus der denkbar besten Quelle stamme, und in allen seinen Theilen durchweg historisch ist. Daran würde weder der angebliche Brief des Herrn v. Gablenz noch das angebliche Dementi der Provinzialkorrespondenz selbst dann irgend etwas ändern, wenn man die Existenz Beider nachwiese.

München. Die Strafkammer des Landgerichts verurtheilte den Direktor des Hoftheaters Possart wegen Herausforderung des Dr. Sigl zum Duell, sowie den Kartellträger Possart's, Schneider, zu je einem Tage Festungshaft und solidarischer Tragung der Kosten.

Stuttgart. Staatsminister Mittnacht theilte dem Eisenbahnbeirath mit, daß der Sommerfahrplan die Wiederherstellung des Kurierzugs Berlin-Stuttgart über Hanau nach Zürich und Mailand enthalten werde. Auch der Schnellzug Ulm-Friedrichshafen werde mit Rücksicht auf die Arlbergbahn eingeführt.

Kattowitz. Die hier anwesenden Vertreter der oberschlesischen Walzwerke beschlossen, daß die Preß-Konvention bestehen bleiben soll.

Wien. Die Reise des Kronprinzenpaares nach dem Orient wird offiziell als eine Vergnügungsreise ausgegeben, doch glaubt man, daß namentlich der angekündigte Besuch in Bukarest und Belgrad nicht ohne politische Bedeutung sei. Heute wird in Paris die Prolongation des bestehenden Handelsvertrags mit Frankreich signirt. Die französische Regierung hat die Ausdehnung der Meistbegünstigung auf österreichischen Zucker zugestanden und die Einfuhr von Schafen und frischem Fleisch gestattet. Oesterreich hat dagegen bei dem Zoll auf Schaumweine Konzessionen gemacht. — Die aus Wien ausgewiesenen radikalen Sozialisten haben sich in Pest niedergelassen, wo auch ihr Organ „Die Zukunft" weitererscheint.

Paris. Der Ausschuß zur Prüfung des Nothstandes unter den Arbeitern vernahm die Zimmerleute. Von 5000 Arbeitern dieses Handwerks sollen 3500 ungenügend beschäftigt sein. Den Geist der Pariser Arbeiter-Syndikate kennzeichnet es, daß der Wortführer der Zimmerleute höheren Schutzzoll gegen fremde Holzarbeiten und so hohe Besteuerung der Arbeitsmaschinen forderte, daß es für die Unternehmer vortheilhafter wäre, Menschenkraft anzuwenden. — Grevy begnadigte den 73jährigen Grafen Cassagne, der wegen des Verbrechens gegen die Sittlichkeit zu zweijährigem Kerker verurtheilt worden war. Die „Republique française" nennt dies einen Mißbrauch des Begnadigungsrechts und einen Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit.

Kairo. Gordon ist in Shendy-Mittewegs, zwischen Berber und Khartum angekommen, der englische Konsul Snakim telegraphirte Vormittags. Spione berichteten, Osman Digma werde Tokar wahrscheinlich vor der Ankunft der englischen Expedition angreifen.

Die Berliner Börse eröffnete etwas höher, aber ruhig, später trat für einzelne Papiere lebhafte Kauflust zu Tage und die Kourse erfuhren weitere Avancen. Vor Allem fanden in deutscher Reichsbank bedeutende Umsätze statt, einestheils auf Grund des wiederauftauchenden Gerüchts über Fusionirung derselben mit der Nationalbank, zum andern auf Grund von Mittheilungen, wonach die Dividende die bisherigen Erwartungen übersteigen soll; die Angaben über einen Abschluß sind indes verfrüht. Deutsche Bank wurde 1¾ Proz. höher, Diskontogesellschaft zogen 1 Proz. an, Kassabanken ruhig, fest, Leipziger Diskonto gut gefragt. Die leitenden deutschen Bahnen waren durchweg höher, so Marienburger 2¾, Ostpreußen um 1½, Mecklenburger um 1¼ Proz., Kassabahnen fest, still, von Stammprioritäten Berlin-Dresdner belebt, österreichische Bahnen gleichfalls fest. Bergwerke ohne Leben, aber gut behauptet, Industrien vorwiegend anziehend. Sächsische Nähfaden gewannen 1¼ Proz., deutsche Fonds fest, Russen bevorzugt, auch Ungarn anziehend.

Frankfurt a. M., 16. Februar. Credit 265⅝. Staatsbahn 263⅝. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 1. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Gotthardbahn 97¾. Mainzer 82⅝. Still.

Wien, 16. Februar. Credit 306,40. Staatsb. 310,70. Lombarden 142,60. Nordwestb. 189,60. Marknoten 59,50. Ung. Credit 208,00. Elbethal 180. Matt.

Paris, 16. Februar. (Schluß.) Rente 79,60. Neueste 106,20. Italiener 97,00. Staatsbahn 650,00. Lombarden 312,50. do. Prioritäten 294. Egypter 336. Oesterr. Goldrente 86. Schwach.

Lokales und Sächsisches.

— Während die **zweite Kammer** in der letzten Woche unter lebhaften Debatten einen umfangreichen Berathungsstoff erledigte, beschäftigte sich die **erste Kammer** fast ausschließlich mit der Erledigung einiger Petitionen von weniger allgemeinem Interesse, die in der zweiten Kammer theilweise bereits zur Schlußberathung gelangt waren. So ward in der Dienstagssitzung die Petition des Stadtgemeinderathes von Neustadt um Ausstuirung eines Grundstückes von Spremberg und Einstuirung desselben in Neustadt sammt der Gegen-Petition des Gemeinderathes zu Spremberg der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen (Ref. von Fink). Graf von Hohenthal referirte sodann über 3 Petitionen, welche sich sämmtlich auf das Vereins- resp. Versammlungsrecht beziehen, die Petition des Fachvereins der Textil-Industriearbeiter zu Großenhain um Revision des Vereinsgesetzes, die Beschwerde des Scharwerksmaurers Lorenz in Großenhain wegen Verbotes einer Versammlung durch den dortigen Stadtrath und die Petition des Fachvereins der Tischler zu Dresden um Herstellung einer Bestimmung, nach welcher die Fachvereine außerhalb der Wirksamkeit des Vereinsgesetzes zu stehen kommen. Hierbei wenden sich Freiherr von Friesen und Graf Rex in längeren Auseinandersetzungen gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Frhr. v. Friesen dankt der Regierung für die Energie, die sie einer Partei gegenüber entwickle, die Aufruhr und Revolution öffentlich auf ihre Fahnen geschrieben habe. Es wäre zu wünschen, daß die Regierung in ihren Bemühungen von der Bevölkerung noch mehr unterstützt werde, und daß sich diese frei mache von der Furcht, die sie vor den Bestrebungen der Sozialdemokratie hege. Die Einzelnen, die mit ihren Lehren und Zielen hervortäten, hätten keinen größeren Anhang hinter sich, denn selbst die Stimmen, welche die Sozialdemokratie bei den Wahlen erhalte, seien nicht der sozialdemokratischen Partei als solcher zuzuschreiben. Dabei spiele eine große Rolle der Unverstand der Menschen, die nicht wüßten, wohin die Ziele der Sozialdemokratie gingen. Auch lokale Unzufriedenheit mache sich bei den Wahlen dadurch Luft, daß man für die Sozialdemokraten stimme. Er sei ferner überzeugt, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, ihre Drohungen zu verwirklichen. Sie müsse sich doch sagen, daß sie einer Regierung gegenüber stehe, die mit Energie ihre Bestrebungen niederzuhalten wissen werde und der im äußersten Falle noch eine Armee zu Gebote stehe, auf die sie sich verlassen könne. Er hoffe, daß bei den nächsten Wahlen sich die Wähler wohl besinnen würden, ob sie Leuten ihre Stimme geben wollten, die den auf die Verfassung abgelegten Eid so wenig achteten, daß sie den Aufruhr gegen den Staat und die Vernichtung der Verfassung, die sie beschworen hätten, öffentlich predigten. Graf Rex hält es, um den Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegentreten zu können, für nöthig, darauf zu sehen, daß die Jugend eine tüchtige christliche Erziehung erhalte und daß die Frauen der Häuslichkeit erhalten blieben. Sämmtliche Petitionen läßt die Kammer auf sich beruhen, ebenso die Heinrich Dietz's in Leipzig um Rückerstattung von Vertheidigungskosten und Einwirkung auf Abänderung des Strafgesetzbuches, über welche Frhr. von Burgk, bez. Abg. Heinrich referiren. — Am Mittwoch berichtet zunächst Graf zur Lippe über den Entwurf eines Gesetzes für die gewerbmäßige Ausübung des Hufbeschlages, welches die Kammer in der von der zweiten Kammer bereits genehmigten Fassung annimmt. Ebenso wird der Gesetzentwurf über Bekanntmachung von Gesetzen und Verordnungen mit den von der zweiten Kammer dazu beschlossenen Abänderungen genehmigt, Ref. von Criegern. Schließlich referirt noch von Zeschwitz über die Petition resp. Beschwerde der Gebr. Lorenz in Hirschleithe wegen zu hoher Einschätzung zur Einkommensteuer u. beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Die Kammer pflichtet dem Deputations-Antrag bei. — In der letzten Sitzung werden zunächst einige Positionen des ordentlichen Etats (Referent v. Zesscher) ohne Debatte genehmigt. Bei der Petition des landwirthschaftlichen Vereines zu Oberlichtenau um Verhinderung eines Gesetz-Entwurfes über Körung der Zuchtbullen für den öffentlichen Gebrauch (Ref. v. Burgk) weist v. Trützschler darauf hin, daß es mit der Viehzucht in Sachsen nicht gerade zum Besten bestellt sei. Es wäre demnach nur im Interesse der Landwirthschaft zu begrüßen, wenn ein derartiger Gesetzentwurf, wie auch der Landeskulturrath gewünscht habe, eingebracht werde. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt, daß die Uebelstände in der Viehzucht keineswegs der Regierung unbekannt seien. Er würde demnach auch kein Bedenken haben, einem Gesetzentwurf über die Prüfung der zu öffentlichem Gebrauch verwendeten Zuchtbullen seine Zustimmung zu geben, dagegen erschiene ihm eine Verfügung, welche den Gemeinden die Verpflichtung auferlege, Bullen zu halten, bedenklich. — Die Kammer beschließt hierauf, die Petition auf sich beruhen zu lassen, ebenso die Beschwerde des Stadtkassirers Ostmann in Döbeln über zu hohe Einschätzung zur Staatseinkommensteuer, über welche Abg. Reich referirt. Bei der Petition der Stadtgemeinde Meerane und der Landgemeinde Großröhrsdorf um Abänderung einer Bestimmung der Revidirten Städte-Ordnung resp. Landgemeinde-Ordnung, wonach festes Diensteinkommen bei Gemeindeanlagen, welche nach dem Einkommen erhoben werden, nur zu ⅓ in Anschlag zu bringen ist (Ref. v. Zeschwitz), bedauert Frhr. v. Friesen, daß die in Frage stehende Bestimmung nicht auch bei dem Staats-Einkommensteuergesetz vorhanden sei. Bei den Gemeinden findet er es vollständig gerechtfertigt, man gebe nur bei der Einziehung der Gemeindesteuern viel zu rigoros um. Neulich habe er darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Stimmen, welche die Sozialdemokratie bei den Wahlen erhalte, auf Rechnung vieler mit lokalen Einrichtungen Unzufriedener zu stellen seien. So habe die Art und Weise der Steuererhebung bei den Kommunen eine große Anzahl Unzufriedener in das Lager der Sozialdemokratie resp. des Fortschritts getrieben. Zwischen diesen beiden Parteien sei seiner Meinung nach kein großer Unterschied zu machen, denn Beider Ziele liefen doch darauf hinaus, Unzufriedenheit in die Bevölkerung zu säen. Nachdem noch von Schönberg-Mockritz den Wunsch ausgesprochen, daß man auf dem Wege einer authentischen Interpretation über den Begriff festes Diensteinkommen den Kommunalbehörden einen bestimmten Anhaltspunkt für die Einschätzung an die Hand geben möge, beschließt die Kammer, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Ein gleiches Schicksal trifft die Petition des Konsumvereins zu Oderwitz (Ref. Reich), welcher wünscht, daß nur die Einnahmen von Konsumvereinen zur Besteuerung herangezogen werden mögen welche aus dem Erlös des Waarenverkaufs an Nichtmitglieder gezogen würden.

— Der **Bezirksausschuß** der Kgl. Amtshauptmannschaft Dresden-**Altstadt** erklärte in seiner gestern unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Schmidt abgehaltenen öffentlichen Sitzung den von Zschiedge nach Neu-Coschütz entlang dem sogen. Geiersgraben führenden Fußweg als einen öffentlichen Weg. Die vom Mühlenbesitzer Johann August Vollmer in Lübau nachgesuchte Genehmigung einer bereits bestehenden Teich- und Stauanlage wurde nachträglich ertheilt, sowie die Gesuche Friedrich Eberhard Posseckers in Plauen, Carl Gustav Pfützner's in Grund b. Mohorn und Ernst Theodor Vietzsch' in Cotta um Dispensation in Dismembrationssachen genehmigt. Eine vakante halbe Freistelle im Siechenhause „Bethesda" in Niederlößnitz soll der Gemeinde Nieder-